FDP-***Landtagsfraktion*** Schleswig-Holstein

Presseinformation

Nr. 78 / 2012

Kiel, Donnerstag, 23. Februar 2012

Wolfgang Kubicki, *MdL*
Vorsitzender

Günther Hildebrand, *MdL*
Stellvertretender Vorsitzender

Katharina Loedige, *MdL*
Parlamentarische Geschäftsführerin

Kommunalabgabengesetz

Gerrit Koch: Wir geben Vorschreiberitis keine Chance!

In seiner Rede zu **TOP 6** (Gesetzentwurf zur Änderung der Gemeindeordnung und des Kommunalabgabengesetzes) erklärt der innenpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Gerrit Koch**:

„Wir folgen unserer klaren Linie: Wir geben den Kommunen Entscheidungsfreiheit und Verantwortung. Endlich können die gewählten Gemeindevertreter vor Ort selbst entscheiden, wie sie den Straßenausbau finanzieren wollen und ob überhaupt Straßenausbaubeiträge von den Bürgern erhoben werden sollen. Im zweiten Schritt entscheidet sich dann, ob die Betroffenen einer Ausbaumaßnahme, wie bisher, einmalig mit einem Beitrag oder, wie dann neuerdings möglich, mit wiederkehrenden Beiträgen belastet werden." Die Gesetzesänderung schaffe Entscheidungsfreiheit. Keine Kommune werde zur Anwendung der neuen Möglichkeiten gezwungen, so Koch weiter.

Wiederkehrende Beiträge entlasteten den einzelnen Bürger und folgten dem Solidarprinzip, nach dem sich alle Bürger in einem eindeutig zu definierenden Gebiet beteiligten, nicht nur mehr die direkten Anwohner. „Neu wird auch sein, dass der Anteil der Bürger an den Straßenausbaubeiträgen von 90 auf 85 Prozent gesenkt wird. Dies führt zu einer deutlichen Entlastung der Eigentümer und Erbbauberechtigten und trägt dennoch den finanziellen Möglichkeiten einer Gemeinde Rechnung", sagt Koch.

„Sehen wir uns die real-existierende Handhabung vor Ort an. Schon jetzt gibt es etliche Gemeinden in Schleswig-Holstein, die mehr oder weniger rechtswidrig fleißig ihre Straßeninfrastruktur ausbauen, ohne ihre Bürger zur Beitragszahlung heranzuziehen. Vor Ort haben sich die Steuerzahler darüber bislang nicht beschwert. Im Gegenteil, sie begrüßen diese Handlungsweise. In vielen weiteren Gemeinden würde gern ähnlich verfahren werden.

Mit der FDP hat arrogante Vorschreiberitis keine Chance. Wir trauen unseren Gemeinden einen sehr verantwortungsvollen Umgang mit dem Geld der Steuerzahler zu und geben ihnen die Handlungsfreiheit, die ihnen zusteht."

Susann Wilke, *Pressesprecherin, v.i.S.d.P., FDP-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Landeshaus, 24171 Kiel, Postfach 7121, Telefon: 0431 / 988 1488, Telefax: 0431 / 988 1497, E-Mail: susann.wilke@fdp.ltsh.de, Internet: http://www.fdp-sh.de*

www.fdp-sh.de